DPA

Greenpeace-Aktion im Hamburger Hafen (1995)

UMWELTAKTIVISTEN

Revolte gegen den Chef

Der Öko-Multi Greenpeace ist erneut ins Schlingern geraten. Am Freitag dieser Woche will der Aufsichtsrat von Greenpeace Deutschland über das Schicksal des Ersten Geschäftsführers Walter Homolka beraten, der seinen Job erst im April vergangenen Jahres übernommen hat. Mitarbeiter kreiden Homolka an, daß seit seinem Amtsantritt der Umweltkonzern weitgehend aus den für das Spendenaufkommen höchst wichtigen Schlagzeilen verschwunden ist.

Er habe keine Ahnung von Umweltthemen, nörgeln Funktionäre in der Hamburger Greenpeace-Zentrale. Sie werfen dem ehemaligen Bertelsmann-Manager Sünden wider den Öko-Geist vor: Er benutze auch für Kurzstrecken ständig die Klimakiller Flugzeug und Taxi und zu selten die Bahn. Er verstoße damit gegen den von ihm selbst formulierten Grundsatz, als öffentliche Person müsse er „150prozentig“ glaubwürdig sein. Die einflußreichen Bereichsleiter artikulierten auf mehreren Krisenkonferenzen ihren Unmut über den neuen Chef. Homolka zeige an der Greenpeace-Arbeit nur mäßiges Interesse, statt dessen zelebriere er lieber seinen Nebenjob als Landesrabbiner der liberalen jüdischen Gemeinden in Niedersachsen. Bei Aktionen sei er nie dabei. Homolkas Entschuldigung: Dafür sei sein Körper nicht trainiert. Bestätigt sehen sich die Öko-Oberen durch eine von ihnen in Auftrag gegebene Medienanalyse. Danach komme Homolka in Presse und Fernsehen zwar als sympathischer Mensch und Rabbi über, werde jedoch kaum mit Greenpeace identifiziert. Er setze sich „dem Verdacht der Schaumschlägerei“ aus, schaffe es aber immerhin, seine „politischen und fachlichen Defizite“ zu überspielen.

ACTION PRESS

Homolka

BILDUNG

Kosten begrenzen

Bayerns Finanzminister Kurt Faltlhauser (CSU) ist mit dem Versuch gescheitert, den Zugang zu weiterführenden Schulen im Freistaat zu erschweren. Nach einem Vorschlag des Ministers sollte künftig nur aufs Gymnasium wechseln können, wer in der vierten Klasse der Grundschule „einen Notendurchschnitt von 2,0 in den Fächern Deutsch und Mathematik“ erreicht oder im Gymnasium erfolgreich einen sogenannten Probeunterricht absolviert hat. Faltlhauser trieben keine pädagogischen Überlegungen, sondern, laut dem vertraulichen Protokoll einer Ministerratssitzung vom 11. Januar, der Wunsch, die Kosten der geplanten Reform von Haupt- und Realschule im Freistaat „zu begrenzen“. Damit stieß er bei Kultusministerin Monika Hohlmeier auf Protest. Die Strauß-Tochter möchte Eltern mehr Mitsprache bei der Entscheidung über die Schullaufbahn ihrer Kinder einräumen. Für die Reform veranschlagt der Finanzminister Ausgaben von 1,7 Milliarden Mark, zu denen noch die Kosten für neue Lehrer-Planstellen kommen. Ministerpräsident Edmund Stoiber dankte Faltlhauser für die „mutige Konzeption“. Auf Druck von Kabinettskollegen sowie der CSU-Landtagsfraktion hat Faltlhauser seinen Vorschlag jedoch schon wieder zurückgezogen.

DPA

Hohlmeier, Faltlhauser

DDR-OPFER

Größerer Kreis

Kanzler Gerhard Schröder will den Opfern von kommunistischem Unrecht auf dem Gebiet der DDR mehr Geld zur Verfügung stellen und den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitern. Auch Frauen, die 1945 von der Roten Armee verschleppt wurden, sollen eine Entschädigung beantragen können, ebenso die Hinterbliebenen von Grenztoten und in der DDR Hingerichteten. Menschen, die zwischen 1945 und 1990 zu Unrecht im Gefängnis waren und dadurch erkrankten, sollen auch dann Ansprüche geltend machen können, wenn der Zusammenhang von Haft und Krankheit nicht eindeutig geklärt ist. Derzeit verhandelt Schröders Ostbeauftragter Rolf Schwanitz mit dem Finanzministerium über die benötigte Summe.